

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Dr. Christoph Birghan, Nicole Höchst, Dr. Michael Kaufmann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD – Drucksache 21/6764 –

Zur Anwerbung von Studenten und potenziellen Fachkräften, zu dem Qualitätsniveau von Hochschulabschlüssen und sich daraus ergebenden Beschäftigungsverhältnissen

Vorbemerkung der Fragesteller

In den letzten Jahren, vermehrt in den letzten Monaten, wurde darüber berichtet, dass insbesondere indische Staatsbürger an Hochschulen in Deutschland vermittelt werden, die nicht einlösen, was auf dem Papier versprochen wird. Die aus dem Ausland angelockten Studenten erlangen teilweise in Deutschland nicht den erhofften Abschluss, sondern finden sich stattdessen nicht selten in prekären Beschäftigungsverhältnissen wieder (<https://taz.de/Junge-Indier-in-Deutschland/!6094350/>; www.rbb-online.de/doku/o-r/rbb-story/Ausgeliefert.html).

Die IU Internationale Hochschule in Berlin ist diesbezüglich in die Schlagzeilen geraten. Veranstaltungen finden nicht statt oder nur digital, die Vernetzung der Studenten ist mangels Räumlichkeiten nicht gegeben und auch das Curriculum bietet offenbar nicht das, was den ausländischen Studenten vermittelt wurde (www.forschung-und-lehre.de/politik/abschiebegefahr-fuer-hunderte-studierende-aus-indien-7632?utm_source=chatgpt.com). Die IU Internationale Hochschule präsentiert sich auf ihrer Website als größte Hochschule Deutschlands mit 4 000 Mitarbeitern und 45 Standorten (www.iu-careers.com/). Auch weitere Hochschulen sind in der Vergangenheit durch zweifelhaftes Agieren in die Presseöffentlichkeit geraten. Teilweise wurde das Studienangebot nicht, wie angegeben, vorgehalten, teilweise fehlten Akkreditierungen, was die Abschlüsse für den regulären Arbeitsmarkt wertlos machte (www.hessenscha.u.de/gesellschaft/internationale-hochschule-frankfurt-klagen-wegen-architektur-studiengang-v1-Prozent2Cinternationale-hochschule-architektur-100.html?utm_source=chatgpt.com; www.forschung-und-lehre.de/recht/vermutete-verstoesse-bei-bachelor-vergabe-7184#:~:text=Wurden%20an%20der%20Hochschule%20Neubrandenburg%20trotz%20Verst%C3%ProzentB6ProzentC3Prozent9Fen,Hinweisen%20zu%20vier%20F%C3%ProzentA4llen%20ermittelt%20das%20Land).

Ende 2022, nach der Unterzeichnung des deutsch-indischen Migrationsabkommens, ließ sich die damalige Bundesministerin des Innern und für Heimat Nancy Faeser mit dem Satz zitieren: „Wir stellen die Weichen dafür, dass qualifizierte junge Inderinnen und Inder in Deutschland berufliche und praktische

Erfahrungen sammeln, studieren, eine Ausbildung beginnen oder als Fachkraft arbeiten können. Das ist ein weiterer wichtiger Schritt, um Fachkräfte zu gewinnen, die wir auf dem deutschen Arbeitsmarkt dringend brauchen“ (www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/12/abkommen-indien.html). Diese Aussage ist nach Auffassung der Fragesteller insbesondere vor dem Hintergrund der Berichte über die IU Internationale Hochschule einer genaueren Prüfung zu unterziehen.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter (15 bis unter 67 Jahre) wird in den nächsten Jahren in Deutschland zurückgehen. Aufgrund der demografischen Entwicklung kann der Fachkräftebedarf nicht allein durch Personen aus dem Inland gedeckt werden.

Internationale Studierende an deutschen Hochschulen haben ein hohes Fachkräftepotenzial mit einem großen volkswirtschaftlichen Mehrwert für Deutschland. Dies zeigt eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW 2025). Danach trägt jeder Jahrgang internationaler Studierender langfristig rund achtmal mehr zu den Einnahmen der öffentlichen Haushalte bei als der Staat per Saldo in ihn investiert. Bei einer mittleren Bleibequote (von 1.000 Studienanfängern bleiben nach ihrem Abschluss 400 für weitere zehn Jahre und 200 langfristig im Land) erwirtschaftet allein der Jahrgang aus dem Jahr 2022 langfristig einen Überschuss für die öffentliche Hand von rund 15,5 Mrd. Euro an Steuern und Sozialabgaben. Der demografisch bedingte Rückgang der jährlichen BIP-Wachstumsrate um 0,5 Prozentpunkte in den nächsten zehn Jahren wird durch eine jährliche Zuwanderung von Studierenden auf dem Niveau von 2022 um 20 Prozent abgemildert.

Die Zahl der internationalen Studierenden, die an deutschen Hochschulen studieren, ist innerhalb der letzten zehn Jahre gestiegen und liegt aktuell bei rund 402.000. Sie sind zu einem hohen Anteil in MINT-Fächern vertreten: 43 Prozent der internationalen Studierenden sind in den Ingenieurwissenschaften und weitere zwölf Prozent in Mathematik- und Naturwissenschaften eingeschrieben. Viele der Studierenden (64 Prozent) möchten langfristig in Deutschland bleiben. Hierzu wird auf die Studie des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD) „Ankommen, Studieren, Bleiben: Wie internationale Studierende ihre Zukunft in Deutschland sehen“ aus dem Juli 2025 verwiesen.

Um dieses hohe Fachkräftepotenzial für die Deckung des Fachkräftebedarfes – insbesondere im Bereich der technischen Berufe – auszuschöpfen, ergreift die Bundesregierung Maßnahmen, um die internationale Attraktivität des deutschen Hochschulstandortes weiter auszubauen. Diese Maßnahmen zielen u. a. darauf, die Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Studium internationaler Studierender und deren Integration in den deutschen Arbeitsmarkt weiter zu optimieren. Sie folgen damit gemeinsamen Zielen von Bund und Ländern, welche in der „Strategie der Wissenschaftsminister und Wissenschaftsministerinnen von Bund und Ländern für eine Internationalisierung der Hochschulen in Deutschland (2024-2034)“ im Jahr 2024 festgehalten wurden.

Die Bundesregierung beobachtet im Rahmen ihrer Zuständigkeit die aktuellen Entwicklungen, auf welche die Anfrage Bezug nimmt.

1. Liegen der Bundesregierung Informationen bzw. Daten vor, wie viele ausländische (exklusive EU) Personen in den Jahren von 2015 bis 2025 über Vermittlungsagenturen im Nicht-EU-Ausland zum Studium nach Deutschland gekommen sind (bitte die zehn häufigsten Nationalitäten aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung erhebt keine Daten im Sinne der Fragestellung.

2. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Kriterien (etwa Akkreditierung, staatliche Anerkennung) eine Hochschule für die Visa-Vergabe an Nicht-EU-Ausländer, die in Deutschland ein Studium aufzunehmen beabsichtigen, erfüllen muss?

Die rechtlichen Anforderungen für einen Anspruch auf Erteilung eines Aufenthaltstitels (Visum oder Aufenthaltserlaubnis) zu Studienzwecken sind in § 16b Absatz 1 Satz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) geregelt. Die Hochschulen liegen in der Zuständigkeit der Länder. Daher sind die Voraussetzungen für den Betrieb der Hochschulen bzw. für die staatliche Anerkennung von Hochschulen einschließlich der Akkreditierungspflichten in den Landeshochschulgesetzen geregelt. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 6 auf Bundestagsdrucksache 21/6120 verwiesen

3. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, in welchem Umfang Vermittlungsagenturen im Ausland mit privaten bzw. staatlichen deutschen Hochschulen zusammenarbeiten, um Studenten aus Nicht-EU-Staaten zu gewinnen und welche Kontrollmechanismen diesbezüglich bestehen?

Zu privatwirtschaftlichen Kooperationen zwischen Hochschulbildungsanbietern und Vermittlungsagenturen erhebt die Bundesregierung keine Daten.

4. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob und in welchem Umfang ausländische Studenten durch Hochschulen oder Vermittlungsagenturen über Studienbedingungen, Präsenzanteile, Sprachvoraussetzungen und Berufsaussichten unzutreffend informiert wurden (bitte gegebenenfalls nach Bundesland, Hochschule und Jahren aufschlüsseln)?

Die Bundesregierung erhebt keine Daten im Sinne der Fragestellung.

Der Bundesregierung liegen vereinzelt Berichte über Missstände in diesem Zusammenhang vor. Ergänzend wird auf die Antwort der Bundesregierung zur Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Frage 15 auf Bundestagsdrucksache 21/6120 verwiesen.

5. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie hoch die durchschnittlichen Studiengebühren privater Hochschulen für Studenten aus Nicht-EU-Staaten sind und wie häufig hierfür Bildungs- oder Privatkredite aufgenommen werden?

Der Bundesregierung liegen keine Informationen im Sinne der Fragestellung vor.

Den Empfehlungen zur Weiterentwicklung des privaten Hochschulsektors des Wissenschaftsrats (Drucksache 3332-26), die am 3. Juli 2026 verabschiedet wurden, ist zu entnehmen, dass die Studienentgelte an privaten Hochschulen

stark variieren. Die Angabe der Studierendenbeiträge je Studierenden weist einen durchschnittlichen monatlichen Betrag von 870 Euro an einer Universität und 380 Euro an einer Hochschule für angewandte Wissenschaften (HAW) bzw. Fachhochschule (FH) aus.

6. Hat die Bundesregierung seit 2022 Maßnahmen ergriffen, um gegebenenfalls Missbrauch bei der Anwerbung ausländischer Studenten sowie mögliche Umgehungen regulärer Fachkräftezuwanderung über Aufenthaltstitel zum Zwecke des Studiums zu verhindern?

Die Bundesregierung beobachtet die Entwicklung, prüft im Rahmen ihrer Zuständigkeit, inwiefern Handlungsbedarf besteht, und stimmt sich regelmäßig mit den Herkunftsländern ab. Die Auslandsvertretungen informieren regelmäßig und gezielt auf verschiedenen Wegen über unlautere Anwerbe- und Vermittlungsversuche in ihren jeweiligen Amtsbezirken. Im Übrigen wird auf die Antwort zu Frage 4 verwiesen.

7. Wurden Bundesbehörden wegen möglicher Verstöße gegen Akkreditierungs-, Hochschul- oder Aufenthaltsrecht an privaten Hochschulen informiert?
 - a) Wenn ja, in welchem Umfang (bitte nach Hochschule, Bundesland und Anlass der Ermittlungen und nach Jahren ab 2015 bis 2025 aufschlüsseln)?
 - b) Wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, sich zukünftig einen Überblick zu verschaffen?

Der Bundesregierung ist sowohl die im Zusammenhang mit aufenthaltsrechtlichen Fragen zu Studierenden aus Drittstaaten veröffentlichte Presseberichterstattung als auch die hierzu ergangene Rechtsprechung bekannt. Die Bundesregierung steht mit betroffenen Akteuren im Austausch.

8. Wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren von 2015 bis 2025 Studenten aus Nicht-EU-Staaten an privaten bzw. staatlichen Hochschulen exmatrikuliert, weil Studiengänge eingestellt, Akkreditierungen entzogen oder Studienleistungen nicht anerkannt wurden (bitte getrennt aufschlüsseln)?
 - a) Wenn ja, wie viele (bitte die Gesamtzahl der Studenten, die Anzahl der Studenten in Jahresscheiben, die Hochschulen und Bundesländer auflisten)?
 - b) Wenn nein, beabsichtigt die Bundesregierung, sich zukünftig einen Überblick zu verschaffen?

Die Fragen 8 bis 8b werden gemeinsam beantwortet.

Die staatlichen wie die privaten staatlich anerkannten Hochschulen fallen in die Zuständigkeit der Länder. Der Bundesregierung liegen keine Daten zu Exmatrikulationen von Studierenden durch die Hochschulen in der angefragten Differenzierung vor.

9. Wie verteilen sich nach Kenntnis der Bundesregierung Nicht-EU-Ausländer, die in Deutschland ein Studium aufnehmen, auf private bzw. staatliche Hochschulen (bitte absteigend die 20 häufigsten Hochschulen, Standorte und Nationalitäten aufschlüsseln)?

Angaben zur Verteilung Studierender aus Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland ein Studium aufnehmen, auf private und staatliche Hochschulen, können der Anlage 1 entnommen werden.*

10. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie viele Studenten aus Nicht-EU-Staaten ihr Studium an privaten bzw. staatlichen deutschen Hochschulen in den Jahren von 2015 bis 2025 erfolgreich abgeschlossen haben (bitte gegebenenfalls nach Jahren, Nationalitäten sowie privaten und staatlichen Hochschulen aufschlüsseln)?

Angaben über den erfolgreichen Hochschulabschluss Studierender aus Nicht-EU-Staaten können den beigefügten Tabellen in Anlage 2 entnommen werden.**

11. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Studiengänge von Studenten aus Nicht-EU-Staaten besonders häufig erfolgreich abgeschlossen werden (bitte gegebenenfalls die 20 häufigsten Studiengänge auflisten)?

Zur Beantwortung wird auf die nachfolgende Übersicht verwiesen.

Bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern nach Studienfach im Prüfungsjahr 2024.

Studienfach	Anzahl bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern
Informatik	4 179
Elektrotechnik/Elektronik	3 296
Maschinenbau/-wesen	2 743
Intern. Betriebswirtschaft/Management	2 664
Wirtschaftsingenieurwesen mit ingenieurwissenschaftlichem Schwerpunkt	1 906
Wirtschaftswissenschaften	1 705
Bauingenieurwesen/Ingenieurbau	1 514
Wirtschaftsinformatik	1 373
Medizin (Allgemein-Medizin)	1 334
Biologie	1 288
Architektur	1 276
Physik	1 088
Mechatronik	1 050
Instrumentalmusik	891
Chemie	887
Rechtswissenschaft	833
Interdisziplinäre Studien (Schwerpunkt Ingenieurwissenschaften)	694
Volkswirtschaftslehre	688

* Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/7380 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

** Von einer Drucklegung der Anlage wird abgesehen. Diese ist auf Bundestagsdrucksache 21/7380 auf der Internetseite des Deutschen Bundestages abrufbar.

Studienfach	Anzahl bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern
Politikwissenschaft/Politologie	642
Wirtschaftsingenieurwesen mit wirtschaftswissenschaftlichem Schwerpunkt	604

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Prüfungen, Stand: 30.06.2026

12. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie viele Absolventen aus Nicht-EU-Staaten nach erfolgreichem Studienabschluss in Deutschland verblieben sind, um eine Beschäftigung aufzunehmen (bitte gegebenenfalls nach Jahren und gegebenenfalls Einstiegsbranchen aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse in der angefragten Differenzierung vor.

Verfügbar ist eine allgemeine Bleibequote internationaler Studierender, welche im Rahmen des International Migration Outlook 2022 der OECD veröffentlicht wurde. Danach liegt die Bleibequote internationaler Studierender 10 Jahre nach Studienbeginn bei 45 Prozent. Deutschland hat zusammen mit Kanada damit die höchste Bleibequote innerhalb der OECD-Länder.

13. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang erfolgreiche Studienabschlüsse von Studenten aus Nicht-EU-Staaten zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Deutschland beigetragen haben?

Im Jahr 2024 schlossen über 58.000 internationale Studierende aus Nicht-EU-Staaten ihr Studium in Deutschland erfolgreich ab. Rund 28.000 dieser Hochschulabschlüsse wurden in einem MINT-Studienfach erzielt. Auf Basis der vorliegenden Daten der OECD zum Verbleib kann davon ausgegangen werden, dass ein erheblicher Teil der internationalen Studierenden längerfristig in Deutschland bleibt (auf Antwort zu Frage 12 wird verwiesen). Daher ist anzunehmen, dass internationale Studierende erheblich zur Deckung des Fachkräftebedarfs beitragen, insbesondere im Bereich der technischen Berufe, in welchen ein erhöhter Fachkräftebedarf besteht.

14. Wie viele Studenten aus Nicht-EU-Staaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums innerhalb von zwölf Monaten eine ihrer Qualifikation entsprechende Beschäftigung aufgenommen?
15. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie hoch die durchschnittlichen Einkommen von Absolventen aus Nicht-EU-Staaten in den ersten drei Jahren nach erfolgreichem Studienabschluss in Deutschland sind?

Die Fragen 14 und 15 werden im Zusammenhang beantwortet.

Die Bundesregierung erhebt keine Daten im Sinne der Fragestellungen.

Eine Auswertung des Instituts der Deutschen Wirtschaft aus dem Jahr 2022 auf Basis des Mikrozensus erlaubt folgende Aussagen über die Erwerbstätigkeit internationaler Hochschulabsolventen: 2019 waren 89 Prozent der über die Hochschule Zugewanderten im Alter zwischen 25 und 64 Jahren erwerbstätig. Der

weit überwiegende Teil dieser Zielgruppe war qualifikationsadäquat beschäftigt. Ein Anteil von 55 Prozent bezog einen mittleren bis hohen Nettomonatslohn (über 2.600 Euro).

16. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele Absolventen aus Nicht-EU-Staaten nach erfolgreichem Studienabschluss Deutschland innerhalb von zwei Jahren wieder verlassen haben?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Es wird auf die Antwort zu Frage 12 verwiesen.

17. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, wie viele ausländische Studenten aus Nicht-EU-Staaten ihr Studium an staatlichen bzw. privaten Hochschulen in Deutschland in den Jahren von 2015 bis 2025 vorzeitig abgebrochen haben (bitte gegebenenfalls nach Jahren, Nationalitäten und Hochschulen aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Daten zu Studienabbrüchen in der angefragten Differenzierung vor.

Gemäß der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten „Statistik des Studienverlaufs 2024“ (Erscheinungsdatum 15.07.2025) kann die Gesamtzahl der Studienabbrecher unter den Bildungsausländerinnen und Bildungsausländern wie folgt ausgewiesen werden: Unter Studienanfängerinnen und Studienanfängern (1. Hochschulsemester) im Erststudium grundständiger Studiengänge des Studienjahres 2018 brachen 33.113 Personen, des Studienjahres 2019 32.739 Personen und des Studienjahres 2020 31.031 Personen ihr Studium vorzeitig ab (Exmatrikulation oder endgültig nicht bestandene Prüfung innerhalb von bis zu 3 Semestern und ohne Neueinschreibung/Rückmeldung oder erfolgreiche Abschlussprüfung innerhalb von 3 weiteren Semestern).

18. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in welchem Umfang Studenten aus Nicht-EU-Staaten während ihres Studiums einer Erwerbstätigkeit nachgehen und in welchen Branchen diese Tätigkeiten überwiegend ausgeübt werden?

Der Bundesregierung liegen keine belastbaren Daten in der angefragten Differenziertheit vor.

Vorliegende Befragungsdaten lassen die allgemeine Aussage zu, dass deutlich mehr als die Hälfte der internationalen Studierenden (61 Prozent) parallel zu ihrem Studium erwerbstätig sind. Eine Differenzierung nach Herkunftsstaaten erfolgt im Rahmen der Veröffentlichung nicht.

19. Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, wie viele Studenten aus Nicht-EU-Staaten nach einem Studienabbruch in Deutschland in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, geringfügige Beschäftigung oder in Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bzw. dem SGB II gewechselt sind (bitte gegebenenfalls jeweils einzeln aufschlüsseln)?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Es ist darauf hinzuweisen, dass der Aufenthalt mit einem Aufenthaltstitel zu Studienzwecken die Lebensunterhaltsicherung voraussetzt (§ 5 Absatz 1 Nr. 1,

§ 2 Absatz 3 S. 5 und 6, § 16b Absatz 1, § 17 Absatz 1 Nr. 2, Absatz 2 Nr. 2 AufenthG).

20. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, ob Absolventen privater Hochschulen aus Nicht-EU-Staaten häufiger Aufenthaltstitel zur Erwerbstätigkeit erhalten als Absolventen staatlicher Hochschulen?
21. Liegen der Bundesregierung Erkenntnisse darüber vor, in wie vielen Fällen Aufenthaltstitel zum Zwecke des Studiums gemäß § 16b des Aufenthaltsgesetzes in den Jahren von 2015 bis 2025 widerrufen oder nicht verlängert wurden, weil Studienleistungen nicht erbracht oder Studienvoraussetzungen nicht erfüllt wurden?

Die Fragen 20 und 21 werden im Zusammenhang beantwortet.

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt.

Anlage 1: Antwort zu Frage 9

Angaben zur Verteilung Studierender aus Nicht-EU-Staaten, die in Deutschland ein Studium aufnehmen, auf private und staatliche Hochschulen, können der untenstehenden Tabelle entnommen werden. Eine Differenzierung nach Staatsangehörigkeit innerhalb der einzelnen Hochschulstandorte liegt der Bundesregierung nicht vor.

Gemeinde der Hochschule	Anzahl Nicht-EU-Ausländer (Studierende), Wintersemester 2024/2025	Davon an	
		öffentlichen Hochschulen (einschl. kirchlich)	privaten Hochschulen
Berlin, Stadt	38 162	29 528	8 634
München, Landeshauptstadt	18 251	16 813	1 438
Aachen, Stadt	14 589	14 580	9
Hamburg, Freie und Hansestadt	13 197	10 920	2 277
Frankfurt am Main, Stadt	10 143	8 327	1 816
Erfurt, Stadt	9 883	645	9 238
Darmstadt, Wissenschaftsstadt	8 645	8 585	60
Köln, Stadt	8 622	6 958	1 664
Garching b. München, Stadt	7 727	7 727	-
Bochum, Stadt	7 605	6 859	746
Erlangen, Stadt	7 073	7 073	-
Dortmund, Stadt	6 860	6 612	248
Stuttgart, Landeshauptstadt	6 545	5 984	561
Hannover, Landeshauptstadt	6 444	6 360	84
Bremen, Stadt	6 269	4 744	1 525
Potsdam, Stadt	5 995	2 788	3 207
Dresden, Stadt	5 717	5 417	300
Magdeburg, Landeshauptstadt	5 383	4 891	492
Karlsruhe, Stadt	5 087	4 969	118
Düsseldorf, Stadt	4 782	4 354	428

Staatsangehörigkeit	Anzahl Nicht-EU-Ausländer (Studierende), Wintersemester 2024/2025	Davon an	
		öffentlichen Hochschulen (einschl. kirchlich)	privaten Hochschulen
Indien	59 419	48 181	11 238
China	42 695	40 884	1 811
Türkei	35 737	32 713	3 024
Syrien, Arab. Republik	19 809	19 019	790
Iran, Islamische Republik	18 514	17 349	1 165
Russische Föderation	14 503	12 986	1 517
Pakistan	13 140	12 486	654
Ukraine	12 716	11 800	916
Ägypten	9 097	8 223	874
Marokko	8 261	7 786	475
Bangladesch	8 076	7 888	188
Korea, Republik	7 815	7 516	299
Tunesien	7 428	7 161	267
Vietnam	7 272	6 964	308
Kamerun	7 023	6 682	341
Vereinigte Staaten	6 095	5 303	792
Indonesien	5 591	5 370	221
Schweiz	4 071	2 652	1 419
Brasilien	4 047	3 660	387
Mexiko	3 834	3 381	453

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Studierenden, 2026

Anlage 2: Antwort zu Frage 10

Angaben über den erfolgreichen Hochschulabschluss Studierender aus Nicht-EU-Staaten können den untenstehenden Tabellen entnommen werden. Zur Wahrung der Lesbarkeit werden hier die Jahre 2015, 2020 und 2024 abgebildet. Für das Prüfungsjahr 2025 liegen der Bundesregierung noch keine Informationen vor, daher wird das Prüfungsjahr 2024 dargestellt.

Bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern nach Trägerschaft der Hochschule und Staatsangehörigkeit im **Prüfungsjahr 2015**

Staatsangehörigkeit	Anzahl bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern	Davon zuletzt an	
		öffentlichen Hochschulen (einschl. kirchlich)	privaten Hochschulen
Albanien	150	136	14
Bosnien und Herzegowina	431	405	26
Island	25	23	2
Kosovo	120	114	6
Liechtenstein	5	4	1
Mazedonien	114	97	17
Moldau, Republik	132	125	7
Montenegro	40	37	3
Norwegen	81	73	8
Russische Föderation	2 540	2 414	126
Schweiz	474	416	58
Serbien	428	408	20
Türkei	3 543	3 400	143
Ukraine	1 442	1 382	60
Weißrussland	318	302	16
Britisches Überseegebiet außerhalb Europas	1	-	1
Gibraltar (Britisches Überseegebiet)	4	4	-
Färöer (Dänisches Überseegebiet)	1	1	-
Ägypten	415	404	11
Äthiopien	116	106	10
Algerien	30	28	2
Angola	9	5	4
Benin	19	19	-
Burkina Faso	15	15	-
Burundi	2	2	-
Cote d'Ivoire	33	31	2
Dschibuti	1	1	-
Eritrea	19	19	-
Gabun	23	23	-
Gambia	5	4	1
Ghana	140	133	7
Guinea	11	11	-
Kamerun	750	742	8
Kenia	138	135	3

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Kongo, Dem. Republik	19	19	-
Kongo, Republik	4	3	1
Lesotho	2	1	1
Liberia	2	2	-
Libyen	34	33	1
Madagaskar	21	21	-
Malawi	6	6	-
Mali	4	3	1
Marokko	500	487	13
Mauretanien	7	7	-
Mauritius	8	6	2
Mosambik	6	3	3
Namibia	10	5	5
Niger	1	1	-
Nigeria	182	173	9
Ruanda	23	21	2
Sambia	12	11	1
Sao Tome und Principe	1	1	-
Senegal	16	15	1
Seychellen	1	1	-
Sierra Leone	11	8	3
Simbabwe	32	20	12
Somalia	5	4	1
Sudan	25	25	-
Südsudan	1	1	-
Südafrika	55	45	10
Swasiland	2	2	-
Tansania, Ver. Republik	51	47	4
Togo	42	41	1
Tunesien	334	331	3
Uganda	34	31	3
Argentinien	76	70	6
Bahamas	1	1	-
Barbados	1	-	1
Bolivien	59	55	4
Brasilien	466	424	42
Chile	160	157	3
Costa Rica	41	37	4
Dominica	13	12	1
Dominikanische Republik	7	7	-
Ecuador	132	123	9
El Salvador	36	33	3
Guatemala	22	20	2
Guyana	3	3	-
Haiti	4	4	-
Honduras	10	9	1
Jamaika	6	6	-
Kanada	178	159	19
Kolumbien	477	444	33
Kuba	26	24	2

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Mexiko	453	422	31
Nicaragua	18	18	-
Panama	12	8	4
Paraguay	12	12	-
Peru	173	168	5
Suriname	1	1	-
Trinidad und Tobago	3	3	-
Uruguay	10	9	1
Venezuela	88	81	7
Vereinigte Staaten	668	574	94
Puerto Rico (US-Überseegebiet)	1	1	-
Afghanistan	142	136	6
Armenien	131	130	1
Aserbaidshan	183	176	7
Bangladesch	221	218	3
Bhutan	4	4	-
Brunei Darussalam	5	5	-
China	5 755	5 604	151
Georgien	232	215	17
Hongkong	4	3	1
Indien	2 266	2 100	166
Indonesien	717	684	33
Irak	153	139	14
Iran, Islamische Republik	1 044	964	80
Israel	227	218	9
Japan	328	321	7
Jemen	84	83	1
Jordanien	134	125	9
Kambodscha	5	5	-
Kasachstan	232	217	15
Katar	3	1	2
Kirgisistan	97	95	2
Korea, Dem. Volksrepublik	9	9	-
Korea, Republik	871	843	28
Kuwait	4	4	-
Laos, Dem. Volksrepublik	2	2	-
Libanon	194	189	5
Malaysia	190	183	7
Mongolei	70	67	3
Myanmar	22	21	1
Nepal	165	152	13
Oman	15	15	-
Pakistan	553	524	29
Philippinen	39	34	5
Saudi-Arabien	51	47	4
Singapur	89	84	5
Sri Lanka	52	50	2
Syrien, Arab. Republik	347	345	2
Tadschikistan	41	21	20
Taiwan	221	216	5

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Thailand	170	164	6
Turkmenistan	13	12	1
Usbekistan	186	185	1
Vereinigte Arabische Emirate	8	7	1
Vietnam	754	739	15
Palästinensische Gebiete	58	58	-
Übriges Asien	26	26	-
Australien	93	84	9
Neuseeland	25	23	2
Palau	2	2	-
Tonga	1	1	-
Französische Süd- und Antarktisgebiete (Französisches Überseegebiet)	1	-	1
Staatenlos	33	32	1
Ungeklärt	42	42	-
Ohne Angabe	18	18	-
Insgesamt	32 515	30 920	1 595

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Prüfungen, Stand 30.06.2026

Bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern nach Trägerschaft der Hochschule und Staatsangehörigkeit im **Prüfungsjahr 2020**

Staatsangehörigkeit	Anzahl bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern	Davon zuletzt an	
		öffentlichen Hochschulen (einschl. kirchlich)	privaten Hochschulen
Albanien	319	282	37
Andorra	1	1	-
Bosnien und Herzegowina	394	350	44
Island	24	17	7
Kosovo	269	252	17
Liechtenstein	10	7	3
Moldau, Republik	70	65	5
Montenegro	53	47	6
Nordmazedonien	153	137	16
Norwegen	62	42	20
Russische Föderation	2 170	2 005	165
San Marino	1	1	-
Schweiz	589	481	108
Serbien	431	392	39
Türkei	4 323	4 028	295
Ukraine	1 372	1 295	77
Vereinigtes Königreich	361	310	51
Weißrussland	237	223	14
Britisches Überseegebiet außerhalb Europas	5	5	-
Insel Man (Britisches Überseegebiet)	2	2	-
Jersey (Britisches Überseegebiet)	1	1	-
Färöer (Dänisches Überseegebiet)	1	-	1
Ägypten	730	697	33
Äthiopien	85	69	16
Algerien	35	31	4
Angola	5	5	-
Benin	13	11	2
Botsuana	5	4	1
Burkina Faso	17	15	2
Burundi	2	2	-
Cote d'Ivoire	29	24	5
Dschibuti	1	1	-
Eritrea	21	20	1
Gabun	11	10	1
Gambia	6	6	-
Ghana	252	236	16
Guinea	13	13	-
Kamerun	995	977	18
Kenia	119	110	9
Kongo, Dem. Republik	20	16	4
Kongo, Republik	8	8	-
Lesotho	1	-	1

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Liberia	1	1	-
Libyen	34	31	3
Madagaskar	25	22	3
Malawi	7	7	-
Mali	5	5	-
Marokko	548	523	25
Mauretanien	7	7	-
Mauritius	19	14	5
Mosambik	10	9	1
Namibia	13	7	6
Niger	6	5	1
Nigeria	402	368	34
Ruanda	31	29	2
Sambia	6	6	-
Senegal	15	13	2
Sierra Leone	6	5	1
Simbabwe	51	34	17
Somalia	4	4	-
Sudan	45	38	7
Südsudan	6	3	3
Südafrika	65	59	6
Eswatini	3	1	2
Tansania, Ver. Republik	34	33	1
Togo	37	35	2
Tschad	1	1	-
Tunesien	687	672	15
Uganda	49	43	6
Zentralafrik. Republik	1	1	-
Réunion (Französisches Überseegebiet)	1	-	1
Argentinien	116	107	9
Barbados	4	3	1
Belize	1	1	-
Bolivien	64	60	4
Brasilien	709	640	69
Chile	201	186	15
Costa Rica	53	49	4
Dominica	2	1	1
Dominikanische Republik	12	10	2
Ecuador	183	172	11
El Salvador	57	47	10
Grenada	1	1	-
Guatemala	28	23	5
Haiti	2	1	1
Honduras	34	33	1
Jamaika	8	8	-
Kanada	226	181	45
Kolumbien	683	619	64
Kuba	32	32	-
Mexiko	537	488	49
Nicaragua	19	19	-

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Panama	12	11	1
Paraguay	18	16	2
Peru	202	181	21
St. Lucia	2	2	-
Suriname	3	2	1
Trinidad und Tobago	7	6	1
Uruguay	13	12	1
Venezuela	134	127	7
Vereinigte Staaten	1 022	869	153
Guadeloupe (Französisches Überseegebiet)	1	1	-
Martinique (Französisches Überseegebiet)	1	-	1
Afghanistan	162	148	14
Armenien	168	163	5
Aserbaidtschan	192	175	17
Bahrain	8	6	2
Bangladesch	398	386	12
Bhutan	4	4	-
Brunei Darussalam	1	1	-
China	7 938	7 207	731
Georgien	287	258	29
Hongkong	50	45	5
Indien	4 330	3 639	691
Indonesien	845	807	38
Irak	139	128	11
Iran, Islamische Republik	1 284	1 247	37
Israel	268	252	16
Japan	260	252	8
Jemen	125	123	2
Jordanien	190	175	15
Kambodscha	7	7	-
Kasachstan	203	194	9
Katar	1	-	1
Kirgisistan	81	76	5
Korea, Dem. Volksrepublik	11	11	-
Korea, Republik	944	895	49
Kuwait	7	5	2
Laos, Dem. Volksrepublik	2	2	-
Libanon	183	166	17
Malaysia	270	258	12
Malediven	1	1	-
Mongolei	63	58	5
Myanmar	17	16	1
Nepal	253	230	23
Oman	15	12	3
Pakistan	984	909	75
Philippinen	73	56	17
Saudi-Arabien	75	55	20
Singapur	158	151	7
Sri Lanka	69	63	6
Syrien, Arab. Republik	1 164	1 123	41

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Tadschikistan	37	34	3
Taiwan	428	360	68
Thailand	189	173	16
Timor-Leste	1	1	-
Turkmenistan	29	29	-
Usbekistan	121	115	6
Vereinigte Arabische Emirate	6	4	2
Vietnam	923	879	44
Palästinensische Gebiete	189	187	2
Übriges Asien	8	7	1
Australien	125	114	11
Fidschi	1	1	-
Mikronesien	1	-	1
Neuseeland	35	34	1
Papua-Neuguinea	1	1	-
Amerikanisch-Samoa (US-Überseegebiet)	1	-	1
Staatenlos	34	32	2
Ungeklärt	17	16	1
Ohne Angabe	15	11	4
Insgesamt	43 113	39 384	3 729

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Prüfungen, Stand 30.06.2026

Bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern nach Trägerschaft der Hochschule und Staatsangehörigkeit im **Prüfungsjahr 2024**

Staatsangehörigkeit	Anzahl bestandene Prüfungen von Nicht-EU-Ausländern	Davon zuletzt an	
		öffentlichen Hochschulen (einschl. kirchlich)	privaten Hochschulen
Albanien	585	519	66
Andorra	1	1	-
Belarus	269	248	21
Bosnien und Herzegowina	393	347	46
Island	29	22	7
Kosovo	387	350	37
Liechtenstein	12	8	4
Moldau, Republik	76	68	8
Monaco	1	-	1
Montenegro	58	56	2
Nordmazedonien	159	139	20
Norwegen	94	67	27
Russische Föderation	2 350	2 099	251
San Marino	1	-	1
Schweiz	686	510	176
Serbien	473	413	60
Türkei	4 955	4 557	398
Ukraine	1 350	1 227	123
Vereinigtes Königreich	412	359	53
Britisches Überseegebiet außerhalb Europas	1	1	-
Ägypten	1 315	1 196	119
Äthiopien	91	76	15
Algerien	91	78	13
Angola	9	7	2
Benin	13	12	1
Botsuana	4	4	-
Burkina Faso	15	13	2
Burundi	9	8	1
Cabo Verde	2	2	-
Cote d'Ivoire	17	17	-
Eritrea	47	43	4
Eswatini	2	2	-
Gabun	9	8	1
Gambia	17	14	3
Ghana	366	321	45
Guinea	30	28	2
Kamerun	1 080	1 035	45
Kenia	193	150	43
Kongo, Dem. Republik	32	24	8
Kongo, Republik	3	2	1
Lesotho	1	1	-

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Liberia	9	4	5
Libyen	47	43	4
Madagaskar	13	10	3
Malawi	16	9	7
Mali	7	6	1
Marokko	812	755	57
Mauretanien	8	7	1
Mauritius	55	52	3
Mosambik	9	7	2
Namibia	17	10	7
Niger	7	5	2
Nigeria	711	629	82
Ruanda	46	40	6
Sambia	17	14	3
Sao Tome und Principe	1	1	-
Senegal	19	18	1
Seychellen	1	1	-
Sierra Leone	13	11	2
Simbabwe	82	57	25
Somalia	10	9	1
Sudan	70	63	7
Südsudan	2	2	-
Südafrika	115	81	34
Tansania, Ver. Republik	45	36	9
Togo	51	36	15
Tschad	3	2	1
Tunesien	1 053	1 021	32
Uganda	83	67	16
Zentralafrik. Republik	4	2	2
Antigua und Barbuda	1	-	1
Argentinien	168	159	9
Barbados	2	2	-
Bolivien	87	79	8
Brasilien	738	645	93
Chile	241	225	16
Costa Rica	62	56	6
Dominica	4	4	-
Dominikanische Republik	30	24	6
Ecuador	243	217	26
El Salvador	60	52	8
Guatemala	43	37	6
Guyana	8	-	8
Haiti	5	4	1
Honduras	66	38	28
Jamaika	10	7	3
Kanada	277	232	45
Kolumbien	845	771	74
Kuba	42	35	7
Mexiko	718	633	85
Nicaragua	22	18	4

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Panama	21	16	5
Paraguay	33	26	7
Peru	317	253	64
St. Kitts und Nevis	4	3	1
St. Lucia	1	1	-
St. Vincent und die Grenadinen	1	1	-
Suriname	2	2	-
Trinidad und Tobago	12	12	-
Uruguay	24	21	3
Venezuela	126	113	13
Vereinigte Staaten	1 121	902	219
Afghanistan	322	282	40
Armenien	155	138	17
Aserbaidtschan	320	280	40
Bahrain	10	10	-
Bangladesch	760	738	22
Bhutan	8	8	-
Brunei Darussalam	2	2	-
China	8 558	7 831	727
Georgien	277	252	25
Hongkong	85	76	9
Indien	8 952	6 804	2 148
Indonesien	959	932	27
Irak	248	216	32
Iran, Islamische Republik	2 208	1 983	225
Israel	232	209	23
Japan	347	324	23
Jemen	163	158	5
Jordanien	351	306	45
Kambodscha	10	8	2
Kasachstan	300	259	41
Katar	8	-	8
Kirgisistan	89	85	4
Korea, Dem. Volksrepublik	9	8	1
Korea, Republik	1 273	1 206	67
Kuwait	8	8	-
Laos, Dem. Volksrepublik	8	7	1
Libanon	387	344	43
Macau	3	3	-
Malaysia	307	298	9
Malediven	4	4	-
Mongolei	116	112	4
Myanmar	34	27	7
Nepal	419	387	32
Oman	8	7	1
Pakistan	1 172	1 060	112
Philippinen	99	74	25
Saudi-Arabien	109	78	31
Singapur	63	54	9
Sri Lanka	124	106	18

Kleine Anfrage der Fraktion der AfD auf BT-Drs. 21/6764

Syrien, Arab. Republik	2 441	2 373	68
Tadschikistan	36	33	3
Taiwan	541	488	53
Thailand	223	170	53
Turkmenistan	29	29	-
Usbekistan	193	179	14
Vereinigte Arabische Emirate	20	11	9
Vietnam	1 203	1 145	58
Palästinensische Gebiete	200	195	5
Übriges Asien	1	1	-
Australien	124	110	14
Fidschi	1	1	-
Neuseeland	29	26	3
Staatenlos	75	69	6
Ungeklärt	83	83	-
Ohne Angabe	11	7	4
Insgesamt	58 015	51 222	6 793

Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistik der Prüfungen, Stand 30.06.2026